

JUGENDSTIL*



Teilhabe und Mitgestaltung

junger Migrant*innen in Ostdeutschland

Jung. (Post-)Migrantisch. Engagiert in Ostdeutschland.

Eine Studie zu den Wünschen,
Hürden und Forderungen der Initiativen
aus dem Netzwerk des Projekts JUGENDSTIL*

Dr. Sascha Nicke und Neele Eilers

Dezember 2023

d | part – Think Tank für politische Partizipation



Inhalt

Zusammenfassung	1
1. Einleitung	3
2. Selbstbeschreibung der Initiativen	7
3. Motivationen und Inspirationen für das Engagement.....	9
4. Ostdeutschland als spezifischer Bezugsort	11
5. Organisationsform der Initiativen.....	15
6. Unterstützung der Initiativen	18
7. Wünsche der Initiativen.....	24
8. Fazit	28
Über d part	31
Details zur Methodik.....	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung nach Bundesländern*	6
Abbildung 2: Verteilung nach Altersgruppen*	6
Abbildung 3: Anzahl an aktiven Menschen in Initiativen*	6
Abbildung 4: Kategorien, die das Gruppenverständnis der Initiativen prägen, sortiert nach Anzahl der von den Initiativen ausgewählten Kategorien	8
Abbildung 5: Motivationen für das Engagement, sortiert nach Häufigkeit in der Auswahl	10
Abbildung 6: Zustimmung zu Aussagen über das Engagement spezifisch in Ostdeutschland, sortiert nach der Anzahl an Initiativen, die den Aussagen zustimmten	12
Abbildung 7: Form der Organisation von den befragten Initiativen, sortiert nach Anzahl* ...	15
Abbildung 8: Unterstützungsgefühl von den Initiativen, sortiert nach Häufigkeit.....	18
Abbildung 9: Empowerment, Zustimmung unter den Initiativen zu den jeweiligen Aussagen	20
Abbildung 10: Zukünftige Zusammenarbeit. Antworten auf die Frage: „Mit wem wollt ihr in Zukunft gerne zusammenarbeiten? Mit...“, sortiert nach Häufigkeit.....	25

Infoboxverzeichnis

Infobox 1: Weitere Informationen zu den Initiativen, die an der quantitativen Befragung teilgenommen haben	6
Infobox 2: Lösungsideen zu Ostdeutschland, die von Initiativen oder Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung geäußert wurden	14
Infobox 3: Lösungsideen zur Organisationsform, die von Initiativen oder Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung geäußert wurden	17
Infobox 4: Lösungsideen zu Hürden beim Engagement von Initiativen oder Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung geäußert wurden	22

Zusammenfassung

Zwischen Mai und November 2023 hat d|part das Projekt JUGENDSTIL* der Stiftung Bürger für Bürger für diese Studie wissenschaftlich begleitet. Im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung sollten junge aktive Menschen mit Migrationsbiografie in Ostdeutschland im Netzwerk des Projektes JUGENDSTIL* zu Wort kommen, ihre Stimmen zusammengetragen und ein vielfältiges Bild der Bedingungen ihres Engagements gezeichnet werden. Dabei wurden zentrale Wünsche, Herausforderungen und Barrieren von den im Netzwerk engagierten, (post-)migrantischen Initiativen in Ostdeutschland zusammengetragen. Unter Initiativen fassen wir die jungen Menschen und Gruppen zusammen, die Teil des JUGENDSTIL*-Netzwerks sind und sich in vielfältiger Art und Weise in ihrem Ort oder ihrer Region engagieren, sei es gemeinschaftlich, politisch, aktivistisch, künstlerisch usw. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der in dieser Studie im Begriff Initiativen zusammengefassten Menschen und Gruppen gilt es dabei immer zu bedenken. Folgende Kernerkenntnisse kristallisierten sich dabei heraus:

Kernerkenntnisse

- **Gestalten, verändern, sichtbar sein:** Viele der befragten Initiativen haben einen großen Gestaltungswillen: sie wollen neue Projekte initiieren, Sichtbarkeit erlangen und ihrer eigenen Geschichten erzählen. Für sie spielt es eine große Rolle, die mitunter als bedrohlich wahrgenommenen Räume in Ostdeutschland zu verändern, mit eigenen Inhalten und Angeboten zu füllen und damit eine offene und vielfältige Gesellschaft in Ostdeutschland zu stärken.
- **Vielschichtige Selbstbilder und gemeinsame Referenzpunkte:** Die im Netzwerk von JUGENDSTIL* aktiven Initiativen verfügen über vielschichtige und variierende Selbstbilder und Bezugspunkte, so dass Akteursgruppen und Initiativen nicht homogen zu beschreiben und wahrzunehmen sind. Es stellen sich jedoch auch gemeinsame Referenzpunkte in der Selbstwahrnehmung und Selbstbezeichnung der Initiativen heraus, die für die gemeinsame Ansprache wichtig sein können.
- **Vertrauensdefizit:** Viele der befragten (post-)migrantischen Initiativen vertrauen den Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft nicht.
- **Bedrohungslage:** Viele Initiativen fühlen sich in ihrem Engagement bedroht und einige der Befragten wurden bereits im Zuge ihres Engagements körperlich angegriffen.
- **Förderungsdefizite:** Es stellen sich große Defizite hinsichtlich der Unterstützung von jungen (post-) migrantischen Initiativen in Ostdeutschland seitens der

Förderinstitutionen, der Zivilgesellschaft und von staatlichen Institutionen sowie Politiker:innen heraus. Diese werden nicht nur von den Initiativen selbst, sondern auch von weiteren Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und den Behörden benannt.

- **Viele Hürden, aber auch viele Lösungsideen:** Es zeichnen sich eine Vielzahl an weiteren, konkreten Hürden für (post-)migrantische Initiativen in ihrem Engagement in Ostdeutschland ab, für die es unter den Initiativen und Unterstützer:innen bereits Lösungsideen gibt, die jedoch auch umgesetzt werden müssen.
- **Viel Bürokratie und Diskrepanz bei den Bedürfnissen:** Die mitunter hohen bürokratischen Anforderungen bei (finanziellen) Förderungen vonseiten zivilgesellschaftlicher oder staatlicher Institutionen widersprechen oftmals den Bedürfnissen sowie der Ausgangssituation vieler Initiativen. Dies trifft besonders bei der Organisationsform und der Langfristigkeit zu. Förderinstitutionen sollten, wenn möglich, Programme bedarfsgerechter gestalten und mehr kurzfristige und niedrigschwellige Förderinstrumente anbieten.
- **Mehr Vernetzungen und Lernmöglichkeiten:** Viele Initiativen wünschen sich mehr Vernetzung und Austausch sowohl untereinander als auch mit anderen Akteursgruppen aus der Zivilgesellschaft, Politik usw., mehr Unterstützungen und Lern- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten etwa durch Mentoring oder Workshops sowie niedrigschwellige finanzielle und organisatorische Hilfestellungen.

1. Einleitung

Das Projekt JUGENDSTIL* der Stiftung Bürger für Bürger und dem Dachverband der Migrant:innenorganisationen in Ostdeutschland, kurz DaMOst e.V., unterstützt junge Menschen mit Migrationsbiografie in Ostdeutschland darin, als aktive Gesellschaftsgestalter:innen sichtbar zu werden, ihren Stimmen mehr Gehör zu verschaffen sowie ihnen wirkungsvolle Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Einbezogen werden dabei Personen mit Migrationsbiografie (eigene oder familiäre Migrations- oder Fluchtgeschichte bzw. Selbstbezeichnung als BIPOC, Schwarze Deutsche, Sintizze und Romnja, jüdisch, muslimisch), die zwischen 14 und 27 Jahre alt sind und in Ostdeutschland leben. Das Projekt zielt darauf ab, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch (finanzielle) Förderungen in ihrem Engagement zu bestärken, sich für ihre Interessen und Anliegen einzusetzen und damit auch dazu beizutragen, eine lebendige Demokratie entstehen zu lassen. JUGENDSTIL* versteht sich dabei nicht nur als Impulsgeber:in und Expeditionsbegleitung auf dem Weg von denjenigen, die einen Beitrag für eine offene und vielfältige Gesellschaft leisten. Darüber hinaus ermöglicht die JUGENDSTIL*-Community einen Erfahrungsaustausch mit anderen jungen Engagierten und bietet die Chance, Mitstreiter:innen für die eigenen Ideen zu finden.

Über den bisherigen Verlauf des Projektes hinweg hat sich bereits ein starkes Netzwerk für junges (post-)migrantisches Engagement in Ostdeutschland herausgebildet. Ein Ziel des Projektteams besteht darin, dieses Netzwerk weiter auszubauen und in diesem Zuge die Wünsche der involvierten Akteure und Initiativen zu berücksichtigen. Gleichzeitig sollen jedoch auch die (strukturellen) Hürden und Herausforderungen ermittelt werden, welche die Akteure aus dem Netzwerk in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe erfahren, und zusammen mit ihnen Lösungsideen entwickelt werden, diese zu überwinden. Um Antworten zu diesen beiden inhaltlichen Schwerpunkten und Fragen herauszuarbeiten, hat d|part im Auftrag der Stiftung eine wissenschaftliche Begleitung durchgeführt, deren bisherigen Erkenntnisse in dieser Studie zusammengefasst sind.

In der wissenschaftlichen Begleitung sind wir von d|part mit einem induktiven Ansatz an die Forschung herangegangen, bei dem die artikulierten Perspektiven, Erfahrungen und Wünsche der Initiativen hinsichtlich ihres Engagements im Mittelpunkt stehen. Die bestehende (Forschungs-)Literatur soll daher für diese Studie zurückgestellt werden. Methodisch wurden bei der wissenschaftlichen Begleitung drei verschiedene Elemente gewählt, die unterschiedliche Einblicke ermöglichen, um sowohl einen allgemeineren Überblick als auch tiefergehende, detaillierte Einsichten zu erhalten. Folgende drei Methoden wurden dabei angewandt:

- Analyse & Auswertung einer Fokusgruppe (Aufnahme) und anschließendem Gruppeninterview mit dem Projektteam von JUGENDSTIL*
- Quantitative Befragung unter den Initiativen innerhalb des Netzwerkes von JUGENDSTIL*
- Teilnahme und Begleitung einer Dialogveranstaltung von JUGENDSTIL* in Berlin

Die Fokusgruppe mit fünf Teilnehmenden aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* wurde vom Projektteam von JUGENDSTIL* selbst durchgeführt, um einen vertrauten Rahmen zu schaffen. Die Aufnahme des Gespräches wurde mit Einverständnis der Teilnehmenden d|part zur Verfügung gestellt. Nach dessen Analyse wurden die Ergebnisse mit dem JUGENDSTIL*-Team diskutiert und für die Entwicklung eines Fragebogens verwendet. Dieser bildete die Grundlage für die quantitative Befragung von Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL*.

Den standardisierten Online-Fragebogen haben insgesamt 38 Initiativen im Zeitraum von Juli bis September 2023 beantwortet. Davon waren 35 Fragebögen vollständig sowie drei Fragebögen unvollständig, die aber gültig ausgefüllt wurden und deswegen ausgewertet werden konnten. Aufgrund der geringen Anzahl an ausgefüllten Fragebögen sind die quantitativen Ergebnisse als Tendenzen zu verstehen und können nicht zwangsläufig auf das gesamte Netzwerk von JUGENDSTIL* bezogen werden. Es gilt dementsprechend keine Repräsentativität. Weitere Informationen zu den Initiativen, die an der quantitativen Befragung teilgenommen haben, finden sich in der Infobox 1.

Die Teilnahme, Begleitung und der Austausch mit unterschiedlichen Vertreter:innen aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Ministerien als auch Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* in einer Dialogveranstaltung bildete das dritte methodische Element der wissenschaftlichen Begleitung. Die Veranstaltung "JUGENDSTIL* trifft Politik und Stiftungen" fand am 25. August 2023 bei der Stiftung Bildung im Palais am Festungsgraben in Berlin statt. Weitere Informationen zur genauen Methodik der wissenschaftlichen Begleitung finden sich im Anhang unter „Details zur Methodik“.

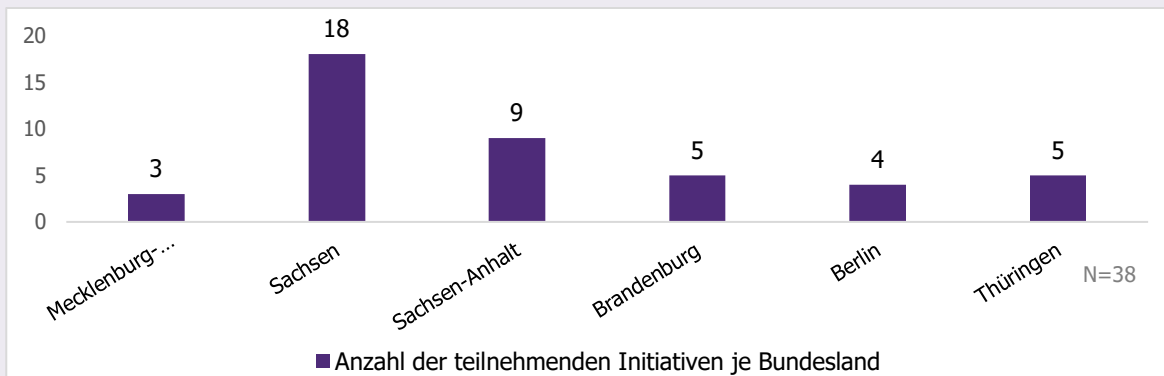
Diese Studie vereint nun die aus allen drei Methoden gewonnen Erkenntnisse und liefert Einblicke darin, welche Hürden Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* in ihrem Wirken erfahren sowie welche Wünsche sie hinsichtlich einer zukünftigen Zusammenarbeit und Unterstützung haben. Als Erstes steht jedoch der Themenschwerpunkt der Selbstbeschreibung der Initiativen im Vordergrund, um ein besseres Verständnis über die Selbstwahrnehmungen der Initiativen zu gewinnen. Im zweiten Abschnitt wird der Kontextfaktor Ostdeutschland in den Blick genommen. Im Fokus steht dabei, darzulegen, welche Rolle die Verortung in Ostdeutschland für die Initiativen spielt und welche genuinen Herausforderungen daraus resultieren. Im dritten Schwerpunkt rücken die Motivationen und

Inspirationen in den Mittelpunkt, während im darauffolgenden Unterpunkt die Herausforderungen dargelegt werden, die mit der Organisationsform der Initiativen einhergehen. Im fünften Abschnitt zeigen wir die Wahrnehmungsweisen der Initiativen hinsichtlich ihrer bisherigen Unterstützungserfahrungen auf. Dabei stehen auch die Hürden im Fokus, welche die Initiativen in ihrem bisherigen Engagement erfahren haben. Abschließend wenden wir uns den Wünschen der Initiativen zu, wie eine zukünftige Zusammenarbeit aussehen bzw. welche Aspekte dabei berücksichtigt werden sollten. Bis auf dem Unterpunkt zur Selbstidentifikation werden wir in jedem thematischen Schwerpunkt sowohl bestehende Probleme skizzieren, die aus Sicht der Initiativen bestehen, als auch Lösungsideen ausführen, die von den Initiativen selbst, von anderen Akteuren wie dem Team von JUGENDSTIL* oder Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung oder aus der Analyse stammen.

Im Zuge der Studie ist es angesichts bestehender struktureller gesellschaftlicher Machtverhältnisse wichtig, uns als Forscher:innen und Begleiter:innen des Projektes selbst zu positionieren und unsere Rolle als *weiße* Wissenschaftler:innen eines Think Tanks darzulegen sowie konstant zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen. Die Form des Wissens, die wir hier präsentieren, ist dabei nicht außerhalb dieser gesellschaftlichen Dominanzstrukturen zu denken oder zu analysieren. Sie kann daher nur ein Angebot des Zusammentragens von Perspektiven und der Interpretation darstellen. Wir sind als Forschende hier nicht die Expert:innen; vielmehr haben wir Kapazitäten und Ressourcen, das Projekt zu unterstützen und bestehendes Wissen im Netzwerk zusammenzutragen. Zudem haben wir stets versucht, unsere Wissensproduktion hinsichtlich unserer eigenen Positionierung macht- und rassismuskritisch ins Visier zu nehmen und zu überdenken. Um unsere eigenen Perspektiven besser einordnen zu können, kam es bei der wissenschaftlichen Begleitung darüber hinaus zu einer sehr engen Zusammenarbeit und einem steten Austausch mit dem JUGENDSTIL*-Team, um die verwendeten Begrifflichkeiten, Denkweisen und Schlussfolgerungen zu reflektieren.

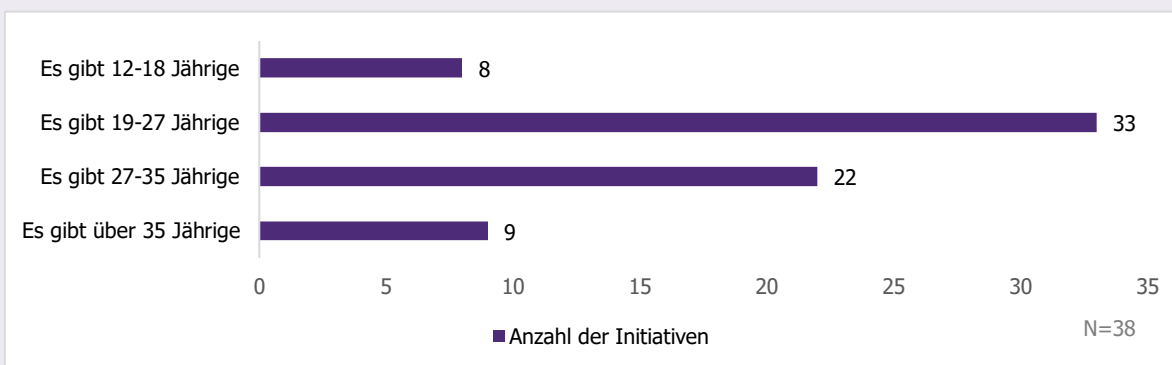
Infobox 1: Weitere Informationen zu den Initiativen, aus dem Netzwerk des Projektes JUGENDSTIL die an der quantitativen Befragung teilgenommen haben*

*Abbildung 1: Verteilung nach Bundesländern**



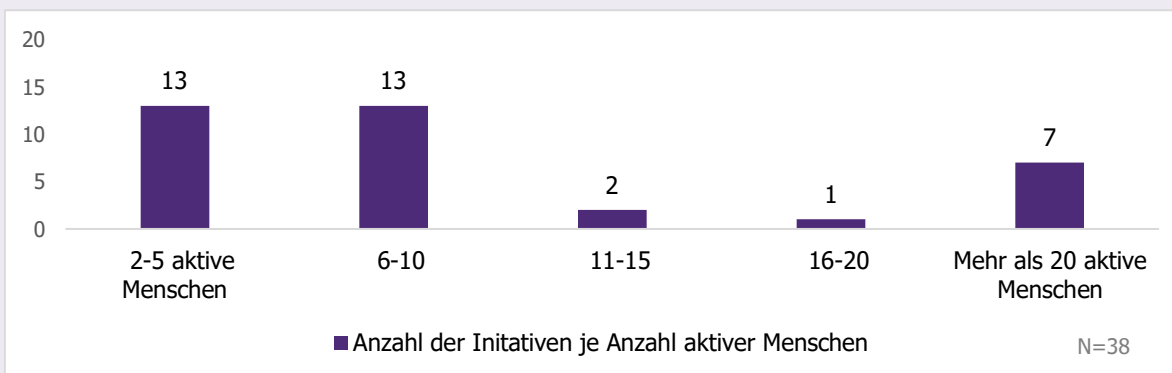
**Während 30 Initiativen nur in einem Bundesland aktiv sind, arbeiten 6 Initiativen in mehreren Bundesländern. Zwei Initiativen wählten bei der Frage die Antwortoption „möchte ich nicht sagen“ aus.*

*Abbildung 2: Verteilung nach Altersgruppen**



** 11 Initiativen gaben an, aus Personen einer Altersgruppe zu bestehen, indessen 25 Initiativen auswählten, aus Personen über mehrere Altersgruppen hinweg zu bestehen.*

*Abbildung 3: Anzahl an aktiven Menschen in Initiativen**



** Zwei der befragten Initiativen wählten die Antwortoption „Weiß ich nicht“ aus.*

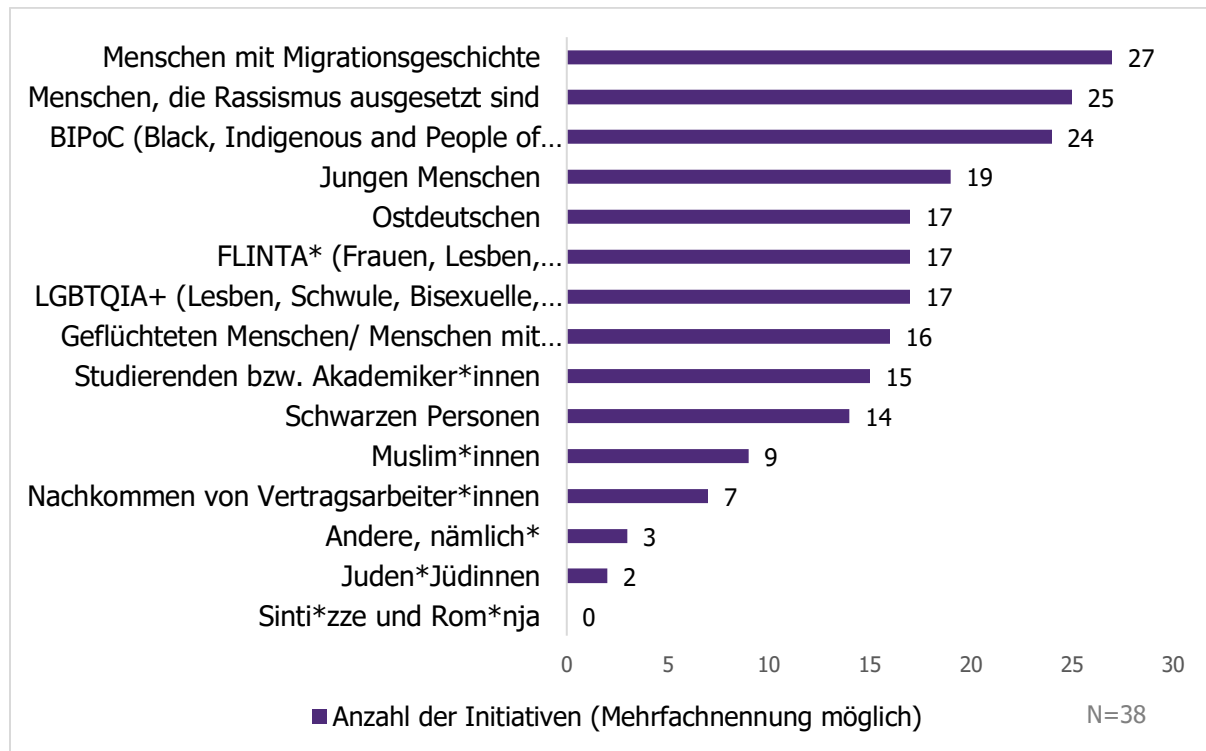
2. Selbstbeschreibung der Initiativen

Die Selbstbeschreibungen und Selbstverortung der sich im Netzwerk von JUGENDSTIL* befindenden Initiativen ist für die Zusammenarbeit mit ihnen sowie für das Grundverständnis dieser Studie von Bedeutung. Wie definieren sich die Initiativen selbst? Welche Bezugspunkte sind ihnen für ihr Selbstbild als Initiativen und Engagierte besonders wichtig? Wie möchten sie angesprochen werden?

Die Antworten auf diese Fragen ermöglichen es zum einen, zusammenzutragen, welches Selbstbild die Initiativen von sich haben und über welche Aspekte und Bezugspunkte sie sich selbst definieren und darstellen möchten. Dies ist nicht nur für das Projektteam wichtig, um individuelle bzw. kollektiv geteilte Identifikationsaspekte und Erfahrungen der Initiativen in der Zusammenarbeit stärker berücksichtigen zu können. Sondern es kann darüber hinaus sowohl dem Team von JUGENDSTIL* als auch anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Politik usw. dabei helfen, die Initiativen besser anzusprechen und zu erreichen und ihre Erfahrungen und Positionierung besser zu verstehen. Dadurch können bestehende Programme von Stiftungen oder staatlichen Institutionen stärker auf die Bedürfnisse der Initiativen aufmerksam gemacht und entsprechend angepasst werden, wodurch wiederum deren Wirkungen erhöht werden kann. Zum anderen ermöglichen die Einblicke in die Selbstwahrnehmungen des Netzwerkes, Gemeinsamkeiten als auch etwaige Unterschiede in den Erfahrungen und Bezugspunkten besser zu erkennen, was dazu beitragen kann, sowohl das bestehende Netzwerk zu stärken als auch neue Bündnisse zu formieren.

Das Ergebnis der quantitativen Befragung zeigt hinsichtlich der ausgewählten Selbstbeschreibungen einerseits auf, dass die teilnehmenden Initiativen über vielschichtige Selbstbilder und vielfältige Bezugskategorien verfügen (siehe Abbildung 4). Zugleich ist keine der vorgeschlagenen Kategorien für alle der befragten Initiativen als gemeinsamer Bezugsrahmen wichtig. So wurden die Initiativen in der Umfrage darum gebeten, alle Kategorien auszuwählen, die für die Aussage, „Wir verstehen uns als Gruppe von....“ zutreffen.

Abbildung 4: Kategorien, die das Gruppenverständnis der Initiativen prägen, sortiert nach der Anzahl der Initiativen, die diese Kategorien auswählten (Mehrfachnennungen möglich)



* Die angegebenen Antworten bei „Andere, nämlich“ sind „Bi_PoC und weiß positionierte Personen“, „Mitunter internationale Community: Member aus Spanien, Ukraine & Russland vertreten“ und eine persönliche Antwort (vom Team anonymisiert) gewesen.

Das Ergebnis unterstreicht einerseits das Offensichtliche, dass die Gruppen der (jungen), (post-)migrantischen Personen, die in Ostdeutschland leben und sich dort zivilgesellschaftlich einbringen, nicht homogenisiert und unter einer einzigen Kategorie zusammengefasst werden können. Sie setzen sich mitunter zwar für dieselben Ziele ein, schmieden Bündnisse und arbeiten zusammen. Dennoch sind ihre Bezugspunkte und Selbstidentifikationen vielfältig und lassen sich nicht vereinheitlichen.

Diese Heterogenität innerhalb der Initiativen spiegelt sich zudem in der Tatsache wider, dass fast alle Initiativen bei der Beantwortung der Frage mehr als eine Kategorie ausgewählt haben: Drei der 38 befragten Initiativen wählten nur eine Kategorie aus, während eine klare Mehrheit von 34 Initiativen mindestens zwei, viele aber mehrere Antwortoptionen¹ angaben – eine weitere Initiative wählte die Antwortoption „möchte ich nicht sagen“. Es zeigt sich damit, dass die Selbstbilder der Initiativen divers und unterschiedlich ausfallen sowie mitunter eine Vielzahl an Kategorien umfassen. Dies mag offensichtlich erscheinen, ist jedoch angesichts der oftmals

¹ Um genau zu sein: zwei Kategorien wurden von einer Initiative, drei von fünf Initiativen, vier von keiner, fünf von neun Initiativen, sechs von fünf Initiativen, sieben von vier Initiativen, acht von sechs Initiativen, neun von zwei Initiativen, zehn von keiner, sowie 11 und 12 Kategorien jeweils von einer Initiativen ausgewählt.

vereinfachenden Außenperspektiven und Außenzuschreibungen erneut wichtig zu betonen.

Andererseits zeigt das Ergebnis auf, dass es auch Kategorien gibt, die eine Vielzahl (aber nicht alle) der Initiativen in ihren Selbstbeschreibungen nutzen. Für 27 Initiativen sind beispielsweise die „Migrationsgeschichten“ ein wichtiger gemeinsamer Bezugspunkt im eigenen Selbstbild der Gruppen, während sich 24 Initiativen über den übergreifenden Begriff BIPoC als „Black, Indigenous and People of Colour“ beschreiben würden. Dazu ist die Erfahrung, von Rassismus betroffen zu sein, für 25 von 38 Initiativen von Bedeutung.

Eine Mehrzahl an Initiativen lassen sich dementsprechend auch über einzelne Kategorien erreichen. Grundsätzlich zeigt sich jedoch eine Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit in den Selbstwahrnehmungen der befragten Initiativen. Dies gilt es, (stärker) im Bewusstsein sowohl der Öffentlichkeit als auch insbesondere bei denjenigen zu verankern, die mit diesen Gruppen zusammenarbeiten bzw. diese ansprechen wollen.

3. Motivationen und Inspirationen für das Engagement

Ein Großteil der Befragten sieht eine Notwendigkeit in ihrem Engagement und ist motiviert, politisch mitzubestimmen und die eigenen Geschichten zu bestimmen und zu erzählen. Auf die Frage nach den Beweggründen für ihr Engagement, bei welcher die Initiativen aus einer Auswahl an Antwortoptionen die bis zu drei wichtigsten auswählen sollten, stimmten 18 der 38 Initiativen der Aussage zu, dass sie mit ihrem Projekt oder ihrer Initiative angefangen haben, weil „es vor Ort keine passenden Angebote“ für sie gab (siehe Abbildung 5). Ihr Engagement entsteht demnach auch aus einem Mangel an Angeboten. Ebenso viele Initiativen gaben als Grund an, dass sie sich „mit anderen vernetzen“ wollten, indessen jeweils 17 Initiativen auswählten, dass sie ihre „Arbeit als politischen Kampf, als gesellschaftliche Arbeit oder auch als politische Bildungsarbeit sehen“ und, dass sie ihre „eigenen Geschichten erzählen und beeinflussen möchten“. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Initiativen ihr Engagement als politisch betrachten und dadurch eine Selbstwirksamkeit und Selbstbestimmung erfahren, die ihre Motivation, aktiv zu werden, mitbestimmt. Sie möchten Sichtbarkeit erwirken und Deutungsmacht für die eigenen Räume und Erzählungen erlangen. Dazu zeigen Sie einen Willen auf, die Orte, an denen sie leben, aktiv mitzugestalten, dabei in Austausch mit anderen zu treten, sich zu vernetzen und gesellschaftliche Mitbestimmung und politische Arbeit zu leisten. Deshalb gründeten sie unter anderem eine Bibliothek für Bi_PoC Autor*innen, bilden Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete und veranstalten Festivals, die queere, migrantische Lebensrealitäten zentrieren und zelebrieren. Sie demonstrieren, bilden, machen Kunst und Musik und schaffen sich Orte, an denen sie Spaß haben und andere Leute

kennenlernen können.

Weniger häufig als primäre Motivation für das Engagement wurden hingegen die Aussagen, „weil wir frustriert waren, uns anpassen zu müssen an die weiße Mehrheitsgesellschaft“ und „um gegen rechte Strukturen zu kämpfen“ (jeweils 5 Initiativen), ausgewählt. Dies deutet darauf hin, dass sich bei vielen Initiativen die Motivation ihres Engagements zunächst in einem eigenen Gestaltungswillen und dem Wunsch nach politischer Teilhabe und Deutungsmacht begründet.

Abbildung 5: Motivationen für das Engagement, sortiert nach Häufigkeit in der Auswahl



Dabei sind es vor allem Menschen mit ähnlichen Biografien oder Aktivitäten, die sie inspirieren. In einer offenen Frage nach ihren Inspirationen gefragt, spiegeln die Antworten ein eindeutiges Stimmungsbild wider: Andere Bi_PoC Projekte und Kollektive, kämpferische Bündnisse und Migrant*innenorganisationen (auch überregional) wie etwa der ISD (Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland) oder Each One Teach One e.V., aber auch lokale

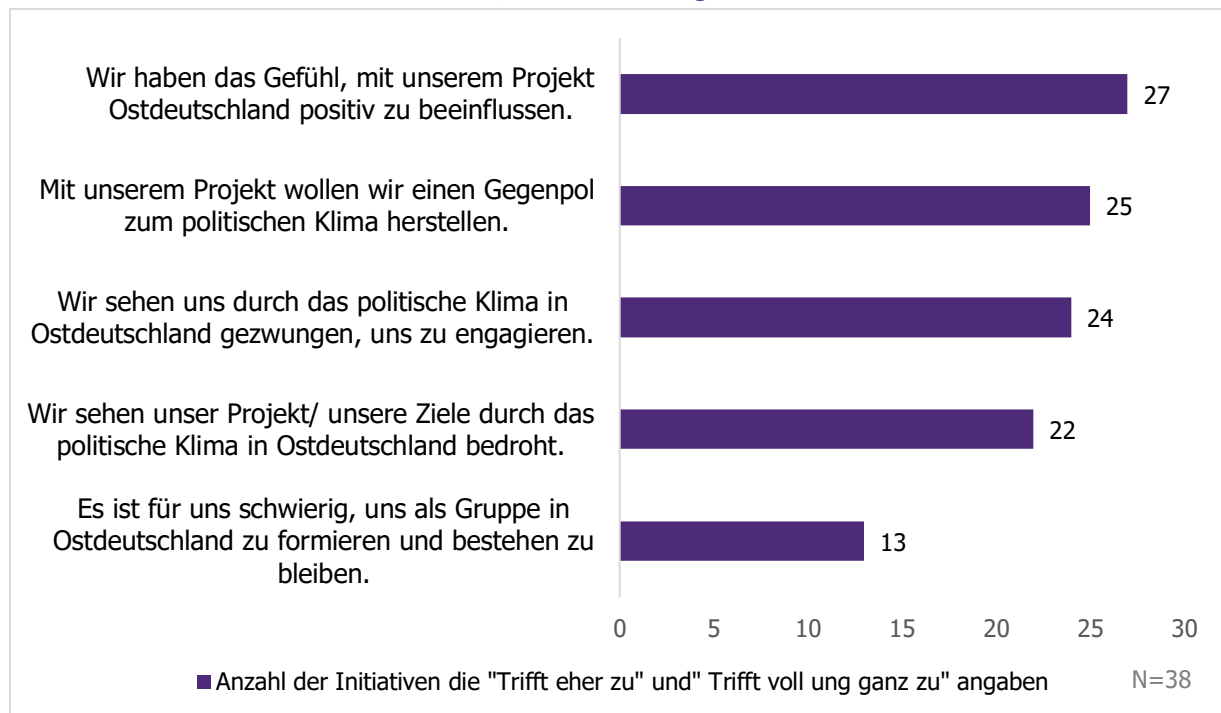
aktivistische Kollektive in Leipzig und Umgebung. Zudem werden Einzelpersonen wie Esra Karakaya oder Ferat Koçak oder auch internationale Bi_PoC-Künstler*innen, Festivals und Veranstaltungen als Inspirationen genannt. Dazu wurden andere Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* als Inspirationen genannt. Es wird dadurch klar, dass die Sichtbarkeit von Menschen mit ähnlichen Biografien und Aktivitäten in der Öffentlichkeit Initiativen Anreize geben und sie motivieren, selbst etwas zu machen.

4. Ostdeutschland als spezifischer Bezugsort

Daran anknüpfend ist die Frage interessant, welchen spezifischen Einfluss der Kontext Ostdeutschland bzw. der Aspekt, Erfahrungen spezifisch in Ostdeutschland zu machen oder sich als „Ostdeutsch“ zu verstehen, auf das Engagement der Initiativen hat. Dazu werden wir im Einzelnen zudem auf den Unterstützungsbedarf insbesondere im ländlichen Raum sowie auf die Auswirkungen eingehen, die laut Initiativen aus der Stigmatisierung Ostdeutschlands hervorgehen.

In der Selbstbeschreibung wurde die Kategorie „Ostdeutsch“ von weniger als der Hälfte, von 17 der 38 befragten Initiativen ausgewählt (siehe Abbildung 4). Für einige Initiativen erscheint die Kategorie „ostdeutsch“ damit im Vergleich zu anderen gemeinsamen Bezugspunkten der Selbstbeschreibung weniger wichtig zu sein. Im Engagement der Initiativen stellt sich jedoch ein klarer und dezidierter Bezug zu Ostdeutschland heraus. Denn einerseits bildet der Kontext Ostdeutschland für viele Befragten einen Anlass für ihr Engagement. Nach ihrem Engagement spezifisch in Ostdeutschland befragt, gaben 25 Initiativen als „voll und ganz“ oder „eher zutreffend“ an, mit ihrem „Projekt einen Gegenpol zum politischen Klima herstellen zu wollen“ (siehe Abbildung 6). Darüber hinaus wählten 24 Initiativen aus, dass sie sich „durch das politische Klima in Ostdeutschland gezwungen sehen, sich zu engagieren“. Zudem haben 27 der befragten Initiativen das „Gefühl, mit [ihrem] Projekt Ostdeutschland positiv zu beeinflussen.“

Abbildung 6: Zustimmung zu Aussagen über das Engagement spezifisch in Ostdeutschland, sortiert nach der Anzahl an Initiativen, die den Aussagen zustimmten



Andererseits nehmen viele Befragte das politische Klima in Ostdeutschland als bedrohlich wahr: 22 von 38 Initiativen stimmen der Aussage mit „voll und ganz“ oder „eher zutreffend“ zu, dass ihr „Projekt und ihre Ziele durch das politische Klima in Ostdeutschland bedroht“ wären. Diesen Eindruck teilten Initiativen auch bei der begleiteten Veranstaltung mit Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft usw. mit. Es verdeutlicht sich darin, dass der ostdeutsche Kontext einen spezifischen Rahmen für junges (post-)migrantisches Engagement bildet und starken Einfluss auf das Engagement hat: Durch ein erhöhtes Bedrohungsgefühl, aber auch dem Druck und der Motivation, dem politischen Klima in Ostdeutschland etwas entgegenzusetzen. Initiativen wehren sich mit ihrem Engagement aktiv gegen das mitunter als bedrohlich wahrgenommene, politische Klima in Ostdeutschland, wollen Einfluss darauf nehmen und damit die eigenen Lebenswelten proaktiv mitgestalten. Sie setzen sich dementsprechend aktiv für eine demokratische Kultur und für Vielfalt in ihren Regionen ein, sehen sich darin jedoch oft bedroht und isoliert und der Schwierigkeit ausgesetzt in diesem Kontext bestehen zu bleiben.

Mehr Unterstützungen insbesondere im ländlichen Raum notwendig

Daher benötigen sie für Ihr Engagement Partner:innen, Bündnisse, Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Unterstützungsangebote. An diesen mangelt es jedoch vor allem im ländlichen Raum häufig, wie es in den Gesprächen mit Initiativen in der Fokusgruppe

geschildert wurde. Während es in den urbanen Umfeldern oft eine Mehrzahl an Initiativen gibt, Netzwerke bestehen und mitunter Kontakte zu politischen Akteuren existieren, aus denen sich Unterstützungsleistungen ergeben, ist die Situation in ländlichen Regionen bzw. in Dörfern den Erfahrungen der Initiativen zufolge eine ganz andere.

Dort sind die Initiativen mitunter nicht nur stärker isoliert in ihrer Arbeit, weil es weniger Verbündete und Gleichgesinnte sowie ein geringes Angebot an diversen Räumen gibt. Darüber hinaus besteht oftmals kaum bis keinen Kontakt zu lokalpolitischen Akteuren, weswegen Initiativen auch keinerlei Unterstützungen vor Ort erfahren. So berichteten Initiativen etwa von persönlichen Erfahrungen, in denen Lokalpolitiker:innen einen Austausch bzw. eine Unterstützung sogar abgelehnt hätten, weil sie Angst hätten, dass aus einer Unterstützung von (post-)migrantischen Initiativen negative Auswirkungen für sie bei der nächsten Wahl resultierten. Dieses Beispiel veranschaulicht, dass es in vielen ländlichen Räumen zum einen an Netzwerken, anderen Initiativen und an lokalpolitischen Unterstützungen mangelt. Zum anderen offenbart es, dass (post-)migrantische Akteure besonders (aber nicht nur) in ländlichen Regionen mit strukturellen Hindernissen, Ressentiments und Ausgrenzungen von der weißen Mehrheitsgesellschaft konfrontiert sind.

Stigmatisierung Ostdeutschlands

Eine weitere, genuin mit Ostdeutschland verbundene Herausforderung bestünde laut einiger Teilnehmenden aus der Fokusgruppe darin, dass viele Menschen Ostdeutschland zuerst mit rechter Gewalt assoziieren. Ausschlaggebend sind dafür etwa die rechtsextremen und rassistischen Ausschreitungen und Pogrome in den 1990er Jahren oder die aktuell große AfD-Wähler:innenschaft. Dies führe einerseits mitunter dazu, dass gesellschaftliche Probleme wie Rassismus und rechte Gewalt von einigen nicht mehr als gesamtdeutsche Probleme und Aufgaben eingeordnet, sondern auf Ostdeutschland reduziert werden. Dabei dürfe nicht der Fehler gemacht werden, die alleinige Verantwortung auf ostdeutsche Akteure oder gar auf (post-)migrantischen Initiativen in Ostdeutschland zu übertragen, hierzu einen Gegenpol zu bilden. Anstelle dessen wurde unterstrichen, dass die Initiativen nicht die alleinige Verantwortung für spezifische Themen wie etwa den Kampf gegen Rechtsextremismus oder für eine vielfältige Gesellschaft tragen können und sollten, sondern es ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und eines der weißen Mehrheitsgesellschaft sein müsse.

Andererseits verkürzt die Stigmatisierung Ostdeutschlands vielen Teilnehmenden zufolge die Tatsache, dass Ostdeutschland sowie ostdeutsche Perspektiven und Lebensrealitäten divers und vielfältig sind. Es werde häufig vergessen, dass es bereits eine lange Tradition an vielfältiger migrantischer Selbstorganisation und Engagement in Ostdeutschland gibt. Sich

ehrenamtlich zu organisieren, sei seit jeher eine Strategie, um sich auszutauschen, die eigene Sicherheit zu gewährleisten und in teils rauen Umgebungen Halt und Gemeinschaft zu finden. Vielen Initiativen ist es ein Anliegen, das darzustellen und breiter sichtbar zu machen.

Es zeigt sich, dass (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland mit ganz spezifischen Herausforderungen konfrontiert sind. Grundsätzlich stellt sich heraus, dass es mehr Unterstützung und Räume insbesondere in ländlichen Regionen bedarf, um Isolationen zu überwinden, Sichtbarkeiten zu schaffen und vielfältige Lebensrealitäten und Engagement in den Regionen zu stärken sowie ein klares politisches Zeichen gegen rechts zu setzen. Weitere Ansätze, die dazu bereits im Netzwerk von JUGENDSTIL* diskutiert wurden, werden in der Infobox 2 angeführt.

Infobox 2: Lösungsideen zu spezifischen Herausforderungen des Engagements in Ostdeutschland, die von Initiativen oder Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung geäußert wurden

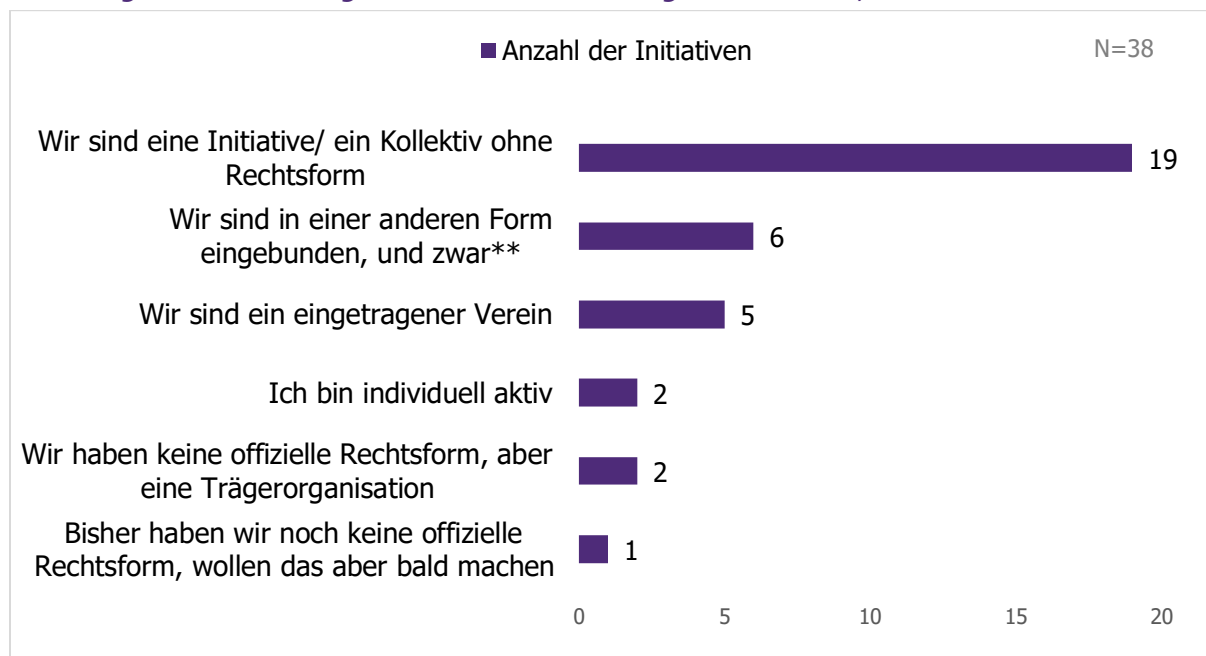
Lösungsideen zu spezifischen Herausforderungen des Engagements in Ostdeutschland

- Die **Sichtbarkeit** von Initiativen bzw. des bestehenden Engagements migrantisierter Menschen sollte insbesondere **in Ostdeutschland** und auf dem Land **erhöht werden**, etwa durch Kooperationen oder gemeinsame Projekte kommunaler Politik mit (post-)migrantischen Initiativen. Beispielsweise durch gemeinsame kulturelle Projekte wie Ausstellungen, Musikabende usw. Hier ist die kommunale Politik gefragt, dazu beizutragen, mehr Sichtbarkeit und Ankererkennung des Engagements zu schaffen.
- Ein **aktives Programm** von der Politik und/ oder von Stiftungen wäre notwendig, um **mehr sichere Räume** für (post-)migrantische Initiativen **zu schaffen**, in denen sie sich treffen und organisieren können. Insbesondere in ländlichen Räumen scheitert es oft daran, dass Initiativen keine Räume finden. Kommunen könnten den Initiativen beispielsweise Räume im Rathaus oder Jugendzentrum zur Verfügung stellen.
- Es sollten mehr **Veranstaltungen** von überregionalen Akteuren wie Stiftungen, anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Programmen wie Jugendstil* **in ländlichen Räumen** durchgeführt werden, beispielsweise kulturelle Angebote wie eine Wanderausstellung, Konferenzen oder Veranstaltungen mit der Zivilgesellschaft und Initiativen. Dadurch kann sowohl Kontakt zwischen Initiativen untereinander als auch zwischen Initiativen und der lokalen und überregionalen Politik hergestellt werden. Zudem fördert es die Bildung von Netzwerken und steigert die Unterstützung für die Initiativen.

5. Organisationsform der Initiativen

Zudem ist es wichtig, die spezifischen Ausgangssituationen der Initiativen zu betrachten, um Angebote für die Zusammenarbeit und Unterstützung passend zu gestalten. Insbesondere die Organisationsform - also der Aspekt, wie sich Initiativen kollektiv organisieren – muss dabei berücksichtigt werden. Denn hierbei haben sich im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung einige grundlegende Barrieren offenbart, die dazu führen, dass Förderungen oft nicht dort ankommen, wofür sie gedacht sind bzw. wo sie benötigt werden. So besteht eine Grundvoraussetzung, um von staatlichen Institutionen, Stiftungen usw. eine finanzielle Förderung zu erhalten, sehr oft darin, ein eingetragener Verein zu sein bzw. eine offizielle Rechtsform zu besitzen. Dies ist aber nur bei wenigen der Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* der Fall, wie es die quantitative Befragung veranschaulicht. Nur ein sehr geringer Anteil von fünf² der 38 befragten Initiativen gibt bei der Frage nach ihrer Organisationsform an, ein eingetragener Verein zu sein (siehe Abbildung 7). Die Hälfte der 38 befragten Initiativen führen dagegen aus, sich als „Kollektiv ohne Rechtsform“ zu organisieren.

Abbildung 7: Form der Organisation von den befragten Initiativen, sortiert nach Anzahl*



* Zwei weitere Initiativen wählten die Antwortoption „Weiß ich nicht“ und eine weitere die Antwortoption „Möchte ich nicht sagen“ aus.

** Die weiteren, selbst von den Befragten angegebenen Antworten auf die Frage lauten: „Abteilung in einem eingetragenen Verein“, „eine von der Universität offiziell eingetragene Initiative“, „Hochschulgruppe mit Satzung“, „Mitglieder bei DJO-LSA“ und „Wir sind eingetragener Verein aber wollen das nicht mehr“.

² Zählt man die eine selbst angegebenen Antwort, gegenwärtig ein eingetragener Verein zu sein, dies aber nicht mehr zu wollen (siehe unter Abbildung 3, **), als auch die eine ausgewählte Antwort, zukünftig eine offizielle Rechtsform einzurichten, dazu, dann wären es insgesamt sieben der 38 Initiativen. Dies würde jedoch nichts an der grundsätzlichen Verteilung verändern.

Für den geringen Anteil an offiziellen Rechtsformen unter den befragten Initiativen stellen sich durch die Fokusgruppe und die begleitete Veranstaltung verschiedene Gründe heraus. Einerseits sei der Aufwand, eine offiziell anerkannte Rechtsform zu erhalten, nicht nur sehr hoch, sondern es wäre ein formaler, langwieriger Prozess, der viele Ressourcen binde, über die einige Initiativen gar nicht verfügten. Für eine Vereinsgründung bedarf es Zeit, Erfahrungen sowie formelle Sprachkenntnisse, um den bürokratischen Prozess erfolgreich zu bewältigen. Andererseits schreckt der verpflichtende Charakter von Vereinen insbesondere junge Menschen ab. So wollen viele der neu entstanden Initiativen zuerst einmal etwas machen und nicht gleich mehrjährig planen bzw. sich mit formellen Rechtsangelegenheiten befassen. Dazu wollen sich viele flexibel, kurzfristig oder projektbasiert sowie an unterschiedlichen Stellen engagieren und gerade in Initiativen junger Menschen kommt es häufig zu einer hohen Fluktuation aufgrund der sich schnell verändernden Lebenssituationen durch Ausbildung, Abschluss, Umzug etc., langfristige Vereinsstrukturen mit klar, rechtlich zugewiesenen Rollen entsprächen deswegen oft nicht der Form des Engagements insbesondere von jungen Menschen.

Anstelle der Beschäftigung mit Fragen der Organisationsform bzw. zur offiziellen Rechtsform sollte den Erfahrungen der Initiativen zufolge das Ermöglichen eines niedrigschwelligen Mitwirkens im Vordergrund stehen. Dies wäre insbesondere entscheidend dafür, um junge Menschen in Kleinstädten oder auf dem Land sowie Nicht-Akademiker:innen zum Mitmachen zu motivieren, was wiederum nicht nur ein Anliegen der Initiativen, sondern ein gesamtgesellschaftliches sein sollte. Denn diese Gruppen sind generell in der politischen Mitsprache häufig unterrepräsentiert.

Andererseits verwiesen Vertreter:innen aus staatlichen Behörden und Stiftungen bei der begleiteten Veranstaltung darauf, dass sie staatliche Steuergelder verteilen, woraus eine hohe Verantwortungs- und Rechtschaffenheitspflicht resultiere. Deswegen müssten sie über eine Kontrollmöglichkeit verfügen, die bei Vereinen bzw. Initiativen mit offizieller Rechtsform gegeben wäre. Es zeichnet sich hierbei also eine grundlegende Differenz zwischen den Präferenzen der Initiativen und den bürokratischen Anforderungen vonseiten der Behörden bzw. Förderinstituten ab, aus denen konkrete Folgen für Initiativen resultieren: sie erhalten keine finanzielle Unterstützung. Eine der Initiativen, welche die Online-Befragung ausfüllten, fügte etwa als Antwort in ein offenes Feld zu Förderungen ein:

„Einige Förderungen bekommen wir nicht, weil wir kein e. V. sind.“

Es verdeutlicht sich damit, dass mit der Organisationsform eine grundsätzliche Hürde für das Engagement von jungen, (post-)migrantischen Initiativen in Ostdeutschland verbunden ist.

Potenzielle Lösungsideen für diese Herausforderung, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* als auch von Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und der Verwaltung geäußert wurden, sind in der Infobox 3 angeführt.

Infobox 3: Lösungsideen zur Organisationsform, die von Initiativen oder Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung geäußert wurden

Lösungsideen zur Organisationsform

- Es bedarf mehr **niedrigschwelliger** und **kurzfristiger Förderinstrumente** und **Unterstützungsangebote**, die sich konkret an den Bedürfnissen und Ausgangssituationen der Initiativen orientieren.
- Es sollte mehr **Beratungsangebote** für ehrenamtliche Initiativen etwa zur **Organisationsentwicklung** oder zur **Vereinsgründung** geben.
- Vertreter:innen von Initiativen erhoffen sich **von Stiftungen** mehr Engagement vor allem hinsichtlich einer **niedrigschwelligen Unterstützung**. Im Idealfall dreht sich die Konstellation um und Stiftungen wenden sich selbst an Initiativen und machen diese direkt auf bestehende Förderprogramme aufmerksam.
- Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft führten an, dass es bereits einige **Programme** gibt, die auf gewisse Problemfelder abzielen, wie etwa mit **Mikroförderungen** das Engagement in ländlichen Räumen zu stärken oder mehr junge Menschen in ehrenamtliche Leitungspositionen zu bringen. Deren **Bekanntheit** muss unter den **Zielgruppen erhöht werden**.
- Stiftungen oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen können für Initiativen ohne Rechtsform eine **Trägerschaft übernehmen**, wodurch die Initiativen bei diesen Rechnungen einreichen und somit dann auch finanzielle Mittel von staatlichen Institutionen erhalten könnten. Dieser Mittelweg eröffnet eine Finanzierungsmöglichkeit für Initiativen, ohne dass eine Vereinsgründung notwendig wäre.
- Stiftungen oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen könnten einen **Fonds** aufsetzen, an den Initiativen ihre **Rechnungen adressieren**. Dadurch erhielten die Stiftungen usw. eine Kontroll- bzw. Prüfungsmöglichkeit und die Initiativen ein unkomplizierteres Unterstützungsangebot.
- Eine Idee bestand darin, dass sich Initiativen **bereits existierenden Vereinen anschließen** bzw. mit diesen verbinden könnten, um das Problem bei der notwendigen Rechtsform zu lösen.
- Es muss die **Diversität in den Gremien** und **Entscheidungsinstanzen** der **zivilgesellschaftlichen Organisationen erhöht** werden, damit die Bedürfnisse von Menschen der nicht-weißen Mehrheitsgesellschaft stärker bekannt sind und in Programmen mehr berücksichtigt werden.

6. Unterstützung der Initiativen

Befragt man die Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* nach ihren bisherigen Erfahrungen mit Unterstützungen durch andere Akteure, Initiativen oder Institutionen, stellen sich drei weitere grundlegende Herausforderungen für (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland heraus: ein fehlendes Unterstützungsgefühl, ein mangelndes Vertrauen bei vielen Initiativen gegenüber den Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft sowie eine Bedrohungslage. Auf diese Aspekte wird im Folgenden einzeln eingegangen.

Fehlendes Unterstützungsgefühl

Die quantitative Befragung offenbart, dass sich die Initiativen primär durch ihre eigene Community und ähnliche Akteure unterstützt fühlen: von anderen jungen Menschen (24 Initiativen), von anderen Migrant:innen-Organisationen (21 Initiativen) und von anderen Initiativen oder aktivistischen Gruppen aus ihrem jeweiligen Ort (21 Initiativen) (siehe Abbildung 8). Während neun von 38 Initiativen angeben, von Dachverbänden wie etwa dem Dachverband für Migrant:innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) Unterstützung erfahren zu haben, fällt die Anzahl derer, die sich von Behörden oder Politiker:innen unterstützt fühlen, mit jeweils zwei Initiativen sehr gering aus. Es zeichnet sich hierbei also ein klares Defizit ab: ein Mangel an Unterstützung für die Initiativen außerhalb ihrer eigenen Communities vor allem aus der weißen Mehrheitsgesellschaft, von Behörden und der Politik.

Abbildung 8: Unterstützungsgefühl von den Initiativen, sortiert nach Häufigkeit



* Die weiteren, selbst von den Befragten angegebenen Antworten auf die Frage lauten: „Eigenes soziales Umfeld; Friends“, „der queeren und Bi_Poc Community in Leipzig“, „andere Kunst- und Kulturschaffende“, „Wir kooperieren

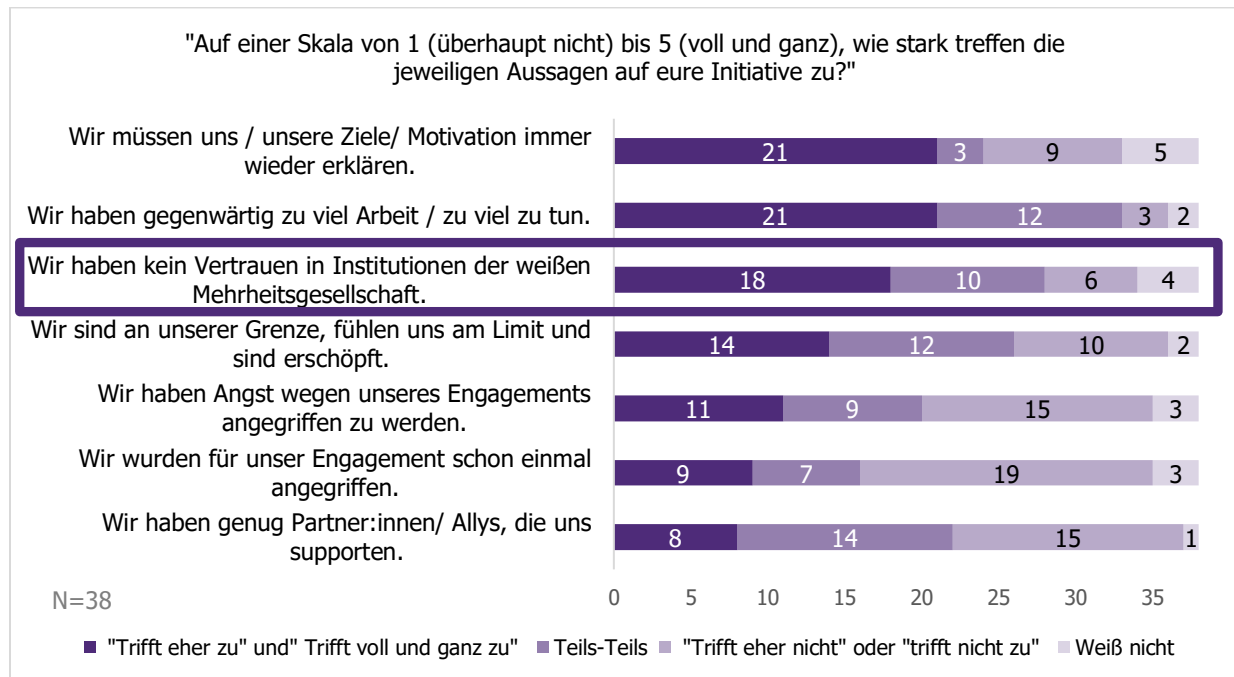
mit anderen Organisationen vor Ort", „Teilweise von der Studierendenschaft der Universität", „Universität", „Von dem StuRa der Uni", „LKJ", „Demokratie Leben", „Jugendstil-Team", „von euch", „Sponsoren (meistens Personen mit Firmen, die denselben Background wie wir haben)" sowie „[...] Wenn wir nach Support gefragt haben, haben wir uns aber direkt an andere Migrant:innen Organisationen gewendet".

Zudem werden Fragen zur Unterstützung der Initiativen durch migrantische Dachverbände aufgeworfen. Das Ergebnis der quantitativen Befragung deutet an, dass es bisher noch nicht gelungen zu sein scheint, viele junge, (post-)migrantische Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* in ein übergreifendes, überregionales Netzwerk der Dachverbände einzuspannen. Dies wäre jedoch wünschenswert, weil dadurch nicht nur das gesamte Netzwerk (post-)migrantischer Organisationen in Ostdeutschland gestärkt werden, sondern die Dachverbände auch die Bedürfnisse der jungen Initiativen besser erfahren und unterstützen könnten. Zusätzlich ließe sich damit die überregionale Sichtbarkeit der Initiativen in Ostdeutschland erhöhen, was wiederum zu mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs und zu mehr Wissen in der weißen Mehrheitsgesellschaft über die spezifischen Herausforderungen und Bedürfnisse von jungen, (post-)migrantischen Initiativen führen könne.

Fehlendes Vertrauen gegenüber Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft

Die quantitative Befragung offenbart zusätzlich zu einem grundlegenden Mangel an Unterstützungen außerhalb des eigenen Umfelds, dass unter den Initiativen ein erhebliches Vertrauensdefizit gegenüber den Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft existiert. Der Aussage „Wir haben kein Vertrauen in Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft“ stimmen 18 der 38 Initiativen mit „voll und ganz“ oder „trifft eher zu“ zu, indessen zehn weitere Initiativen die Antwortoption „teils-teils“ auswählten (siehe Abbildung 9). Nur sechs Initiativen teilten die Aussage nicht und wählten die Antwortoption „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ aus. Insgesamt besteht damit bei 28 der 38 Initiativen, also einem Großteil der Befragten, ein im unterschiedlichen Ausmaß vorkommender Vertrauensmangel. Auch wenn die Akteursgruppe in der Aussage „Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft“ mitunter eher allgemein ist und umfassend interpretiert werden kann, zeichnet sich ein klares Bild beim Ausmaß des Vertrauensdefizits unter den befragten Initiativen ab und es wird ein grundlegendes Problem offengelegt.

Abbildung 9: Empowerment, Zustimmung unter den Initiativen zu den jeweiligen Aussagen



Bedrohungslage für Initiativen

Des Weiteren verdeutlicht Abbildung 9, dass viele Initiativen Angst haben, wegen ihres Engagements angegriffen zu werden. Dieser Aussage stimmen elf Initiativen mit „voll und ganz“ oder „eher“ sowie neun mit „teils-teils“ zu. Sie haben somit nicht nur das Gefühl fehlender Unterstützung, sondern sehen sich der Gefahr ausgesetzt, für und durch ihr Engagement angefeindet oder bedroht zu werden. Darüber hinaus geben etwa ein Drittel der befragten Initiativen an, bereits mindestens einmal wegen ihres Engagements angegriffen worden zu sein. Neun Initiativen wählten hierbei „trifft voll und ganz“ oder „trifft eher zu“ sowie sieben Initiativen „teils-teils“ als Antwortoption aus. Dieses Ergebnis ist erschreckend und verdeutlicht erneut, dass (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland in ihrem Engagement einer Bedrohung und fehlendem Sicherheitsgefühl ausgesetzt sind. Die Bedrohungslage und ein damit einhergehendes, fehlendes Sicherheitsgefühl trägt zusätzlich mitunter dazu bei, dass die Belastung für die Initiativen und dadurch das Erschöpfungsgefühl zunimmt. So können sich viele der Initiativen nicht einfach nur auf ihre Projekte konzentrieren, sondern müssen Sicherheitsaspekte immer mit bedenken.

Weitere Hürden bei der Unterstützung

Zusätzlich zu diesen drei grundlegenden strukturellen Herausforderungen haben sich im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung weitere Hürden im Engagement der Initiativen herausgestellt. Abbildung 9 zeigt beispielsweise auf, dass viele Initiativen, ihre Ziele und Motivationen **immer wieder erklären müssen** - insbesondere gegenüber den Akteuren und

Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft. Für 21 der 38 befragten Initiativen trifft die Aussage „eher“ oder „voll und ganz zu“. Bei der von JUGENDSTIL* organisierten Veranstaltungen schilderten Vertreter:innen der Initiativen, dass dieser Aspekt nicht nur redundant, anstrengend und ermüdend wäre, sondern darüber hinaus bei einigen den Eindruck erzeuge, nicht verstanden und mitunter nicht akzeptiert zu werden.

Anknüpfend an die Bedrohungslage für Initiativen stellte sich als eine besondere Herausforderung für viele Initiativen die **Verfügbarkeit von sicheren Räumen** heraus, in denen sie sich treffen, austauschen und organisieren können. Während sichere Räume in Städten oftmals schwer, aber organisierbar wären, besteht auf dem Land oder in Dörfern ein grundlegender Mangel daran. Dieser erschwert die Arbeit der Initiativen, weil sie dadurch keine Räume zur Verfügung haben, die sie für internen Austausch oder die Planung und Umsetzung von konkreten Aktionen nutzen können. Darüber hinaus fehlt ihnen dadurch eine Anlaufstelle für andere Menschen, Interessierte oder auch Betroffene von Rassismus. Bei der Veranstaltung wurde zudem die Notwendigkeit von **safe spaces** für (post-)migrantische Menschen hervorgehoben, die für Menschen mit Rassismuserfahrungen zum gegenseitigen Austausch und Empowerment frei von Mikroaggressionen und Projektionen wichtig wären. Das Verständnis dafür fehle bei vielen Akteuren aus der weißen Mehrheitsgesellschaft jedoch.

Bei der von JUGENDSTIL* organisierten Veranstaltung mit Initiativen und Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung wurden auch weitere Hürden in der **Förderung** angesprochen. So wären etwa die Zeitintervalle von Förderungen und deren Ausrichtung nach Kalenderjahr häufig nicht passend für die Zeitpläne von Initiativen; es bestehe ein Mangel an längerfristigen sowie strukturellen Förderungen über mehrere Jahre hinweg; darüber hinaus gebe es bei Förderprogrammen oft zu wenig Flexibilität, jedoch viel Druck hinsichtlich der Einhaltung von Deadlines, lange Bearbeitungszeiten sowie Unsicherheiten, ob eine Förderung verlängert werde. Bedacht werden müsse vonseiten der Institutionen zudem, dass viele Initiativen über keine hauptamtlichen Ressourcen verfügten, die sich um das Fundraising kümmern können.

Als ein weiterer Kritikpunkt von Initiativen und einigen Akteuren aus der Zivilgesellschaft kam bei der begleiteten Veranstaltung auf, dass **Förderinstitute nur selten danach fragen**, was die **Bedürfnisse der Initiativen** vor Ort wären. Auch bei der **Konzipierung von Förderprogrammen** bezögen die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen die Akteursgruppe, denen ihre Programme zugutekommen sollen, kaum bis gar nicht mit ein. Das führt dazu, dass oftmals die mitunter spezifischen Bedürfnisse von jungen, (post-)migrantischen Menschen nicht mitberücksichtigt werden und viele Förderangebote deshalb an

den Notwendigkeiten und Anforderungen der Initiativen vorbeigingen.

Des Weiteren wurde von einigen Teilnehmenden der begleiteten Veranstaltung eine **Wissenslücke über Förderprogramme** bei Initiativen attestiert. Viele Engagierte wüssten gar nicht, wie viele unterschiedliche Stiftungen und Netzwerke es gäbe, die sich auch mit den Themenschwerpunkten der Initiativen befassen, als auch welche Angebote an Unterstützungsleistungen existierten.

Innerhalb des Netzwerkes von JUGENDSTIL* sowie von Teilnehmenden der Veranstaltung wurden dazu bereits einige Lösungsideen skizziert, die in der Infobox 4 dargelegt sind.

Infobox 4: Lösungsideen zu Hürden beim Engagement von Initiativen oder Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung geäußert wurden

Lösungsideen zu Hürden beim Engagement

- Förderinstitutionen, staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in ihrer Arbeit **stärker** die **Bedürfnisse** und **Wünsche ihrer Zielgruppen berücksichtigen** und diese bereits an der **Konzeption von Förderprogrammen beteiligen**.
- Förderinstitutionen, staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in ihrer Kommunikation, ihren Förderprogrammen sowie in ihren Antragsformularen und Bewerbungsprozessen die **Sprache vereinfachen**. Dies erhöhe die Niedrigschwelligkeit und führe dazu, dass mehr Menschen bzw. Initiativen sowie insbesondere Nicht-Akademiker:innen angesprochen werden.
- Es sollte mehr **direkten Austausch** zwischen Förderinstitutionen, staatlichen Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Initiativen geben, etwa, indem mehr **gemeinsame Dialogräume** geschaffen oder **regelmäßig Veranstaltungen** organisiert werden, bei denen die unterschiedlichen Akteure über bestehende Probleme sprechen können. Förderinstitute können die Bedürfnisse, Herausforderungen und Wünsche der Initiativen erfahren, die Initiativen wiederum können über bestehende Programme informiert und auf konkrete Unterstützungsangebote oder auf weitere Netzwerke aufmerksam gemacht werden.
- Es werden mehr **Organisationen** oder Projekte wie Jugendstil* benötigt, die eine **Schnittstellenfunktion zwischen** den **unterschiedlichen Akteursgruppen übernehmen**. Sie bauen die Kontakte zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Initiativen aus, initiieren Netzwerke, machen Angebote und Förderprogramme von Stiftungen oder staatlichen Behörden unter den Initiativen bekannt als auch die Expertisen von Initiativen den Stiftungen und Behörden zugänglich.
- Mehr **Mitarbeitende** innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Behörden müssen **für die Herausforderungen und Barrieren** von jungen (post-)migrantischen Initiativen in Ostdeutschland **sensibilisiert** werden. Dies kann durch gemeinsame Workshops oder andere Formate geschehen, für welche die Initiativen bei Kapazitäten als Expert:innen zur Verfügung stehen könnten. Darüber hinaus braucht es jedoch generell rassismuskritische Weiterbildungen und Sensibilisierungen von Mitarbeitenden in Förderinstitutionen.
- Staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten häufiger **mit bekannten Akteuren** oder **Initiativen aus der (post-)migrantischen Community kooperieren**. Dadurch ließe sich die Bekanntheit ihrer Programme in der Zielgruppe erhöhen und es können neue Akteure außerhalb ihrer eigenen, bestehenden Netzwerke erreicht werden.

Zusätzlich zu den in Kapitel 3 bereits erwähnten Akteuren gaben Initiativen in der quantitativen Befragung folgende Akteure als Inspirationen an: Leipzig Postkolonial, My POC Bookshelf, Liia Kollektiv, Initiative 12. August, CurlyCultueDresden, International Womxn Space, Empoca, Eoto, Black Mermaids, Auf die Straße Bündnis Weimar, Migrantifa Weimar, Seebrücke Erfurt, Sultana, Metaware, Katapult MV, Soli Crew, Abya Yala Libre, Conuco, Hitness Club, MyGrooves, Flinta Artists wie IAMDDDB, Gavyln, Princess Nokia, Ebow, Dejavu, Enting, Walashè.

7. Wünsche der Initiativen

Ein weiteres Ziel der wissenschaftlichen Begleitung war es, die Wünsche der Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* zur zukünftigen Zusammenarbeit und Unterstützung zusammenzutragen. Die ermittelten Wünsche können hierbei in fünf Schwerpunkte unterteilt werden: ein Wunsch nach mehr Vernetzung, nach mehr Angeboten zur Weiterbildung und Empowerment, praktische und organisatorische Unterstützung, mehr Sichtbarkeit durch mehr gemeinsames Handeln für eine stärkere Außendarstellung sowie mehr Finanzierungsmöglichkeiten. Auf diese wird jeweils im Einzelnen kurz eingegangen.

Vernetzung

Nahezu alle Initiativen wünschen sich mehr Austausch und Vernetzung untereinander als auch mit anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft usw. Dies wird von vielen Initiativen als sehr wichtig bewertet. Denn dabei können Erfahrungen geteilt, sichere Räume erzeugt, neue Einblicke erhalten, Wissen vermittelt, neue Kooperationen geschaffen, Gemeinschaftsprojekte entwickelt sowie die Motivation für das eigene Wirken gestärkt werden. Dazu können Vernetzungen besonders für Initiativen, die im ländlichen Raum bzw. in Kleinstädten Ostdeutschlands aktiv sind, von großer Bedeutung sein, weil sie bzw. das Wissen über andere Initiativen dabei helfen können, die Isolation bzw. das Gefühl, vor Ort allein zu sein, zu überwinden. Vernetzung kann empowern, Unterstützung leisten und neue Ideen und Problemlösungen hervorbringen.

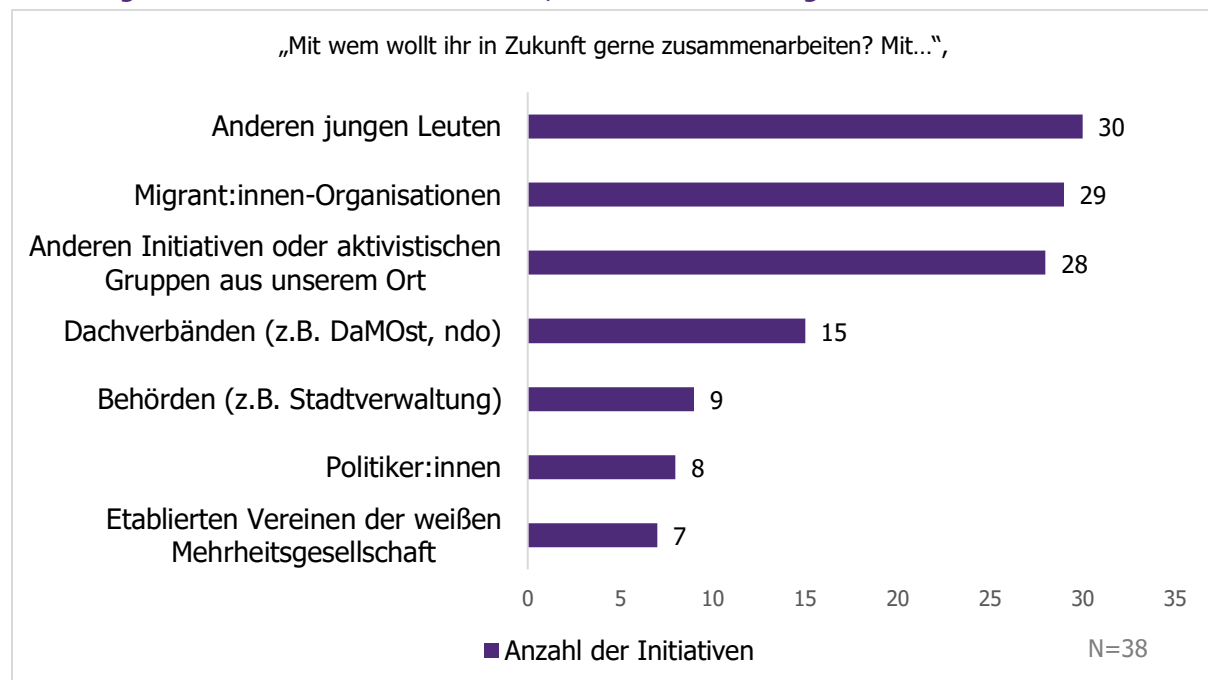
Neben dem eigenen Austausch mit anderen Initiativen und Akteuren wünschen sich viele Initiativen übergreifende und organisierte Plattformen der Vernetzung. Diese anzubieten bzw. zu organisieren, könne eine wichtige Form der externen Unterstützung für Initiativen bilden. Akteure wie Stiftungen oder Projekte wie JUGENDSTIL* könnten beispielsweise Räume bereitstellen, Kanäle in den Sozialen Medien betreuen, Workshops, Festivals oder Konferenzen durchführen. All diese genannten Beispiele könnten einen Rahmen für Vernetzungen und Austausch für Initiativen und weiteren Akteure bilden. Die beteiligten Initiativen und Personen erhielten dadurch mehr Raum und Kapazitäten, gemeinsam Inhalte zu diskutieren, anstatt viele Ressourcen in Organisatorisches stecken zu müssen. Zudem könnten externen Akteure regelmäßig Veranstaltungen oder eine Veranstaltungsreihe durchführen, durch welche ein kontinuierlicher Austausch möglich wäre.

Interesse wurde von einzelnen Initiativen daran bekundet, das Netzwerk und den Austausch nicht nur auf Ostdeutschland zu beschränken, sondern auch Verbindungen zu (post-)migrantischen Initiativen sowie Akteuren aus der Zivilgesellschaft in Westdeutschland zu

knüpfen. Darüber hinaus kann durch mehr Vernetzungen die Zusammenarbeit mit neuen Akteuren befördert werden. Danach befragt, mit wem die Initiativen in Zukunft zusammenarbeiten wollen, legte der Großteil von ihnen den Fokus erneut auf das eigene Umfeld: 30 Initiativen wollen zukünftig mit anderen jungen Menschen zusammenarbeiten, jeweils 29 Initiativen mit Migrant:innen-Organisation sowie mit anderen Initiativen oder aktivistischen Gruppen aus dem eigenen Ort (siehe Abbildung 10). Diese Priorisierung überschneidet sich mit den bisherigen Erfahrungen, von welchen Akteuren sich die Initiativen in der Vergangenheit unterstützt gefühlt haben (siehe Abbildung 7).

Dies deutet darauf hin, dass Vertrauen eine Rolle dabei spielt, mit wem sich Initiativen eine Zusammenarbeit vorstellen können. Neue Kooperationen und Netzwerke können deswegen einen Vertrauensaufbau leisten. Ein gewisses Potenzial gibt es dafür unter den Initiativen, das zeigt sich in der quantitativen Befragung. Denn einige Initiativen geben an, dass sie sich in Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit auch mit weiteren Akteuren außerhalb des eigenen Netzwerks wie etwa Dachverbänden, Behörden, Politiker:innen oder Vereinen aus der weißen Mehrheitsgesellschaft wünschen. Eine Grundlage ist damit vorhanden, um in Zukunft Kooperationen außerhalb der bestehenden Umfeldler und mit anderen Akteuren aufzubauen und damit Vertrauen bei Initiativen gegenüber den Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft zu schaffen.

Abbildung 10: Zukünftige Zusammenarbeit. Antworten auf die Frage: „Mit wem wollt ihr in Zukunft gerne zusammenarbeiten? Mit...“, sortiert nach Häufigkeit



Weiterbildungsangebote und Empowerment

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde von einigen Initiativen der Wunsch nach mehr Lernmöglichkeiten und breiteren Angeboten zur praktischen Weiterbildung geäußert. Ein dabei häufig gefallenes Stichwort ist Mentoring gewesen. In der quantitativen Befragung schrieb eine Initiative in das offene Antwortfeld zu Wünschen an Unterstützungsangeboten beispielsweise:

„Einen Mentor, der uns im Bereich der Vereinsgründung und alternativen Rechtsformen aufklären und auf dem Weg zur Gründung einer Rechtsform begleiten kann.“

Neben Mentoring wurden weitere Vorschläge zu Lernmöglichkeiten für Initiativen wie etwa Konferenzen, Workshops oder Festivals genannt, die für die Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen genutzt werden könnten. So teilte eine andere Initiative hierfür eine Vielzahl an konkreten Ideen in der quantitativen Befragung mit:

„Vertiefte Workshops: Es wäre toll, wenn wir Workshops zu spezifischen Themen anbieten könnten, die tiefer in die Materie eintauchen und uns praktische Fähigkeiten vermitteln. [...] Mentoring-Programm: Ein Mentoring-Programm, in dem erfahrene Mitglieder ihre Kenntnisse und Erfahrungen an weniger erfahrene Mitglieder weitergeben, könnte sehr bereichernd sein.“

Darin verdeutlicht sich zum einen, dass Initiativen gerne voneinander und miteinander lernen möchten. Ein gemeinsames Lernen könne zudem sichere Räume erzeugen, in denen sie sich über Erfahrungen austauschen und sich unterstützen können, was zu gegenseitigem Empowerment der Initiativen führe. Zum anderen veranschaulicht sich in diesem Wunsch die Wichtigkeit und Bedeutung eines aktiven Netzwerks unter den Initiativen. Es bedarf dafür aber ressourcenstarke Organisationen oder Projekte, welche solcherlei Angebote bzw. Rahmen schaffen und über einen längerfristigen Zeitraum organisatorisch aufrechterhalten können. Die Initiativen selbst haben dafür häufig nicht die Ressourcen.

Thematisch wünschen sich Initiativen neben Weiterbildungen zu Förderanträgen und Vereinsstrukturen einen praktischen Austausch und Workshops darüber, wie etwa grundlegende Prozesse innerhalb der Initiativen organisiert oder wie Treffen besser strukturiert werden können. Sie wollen Ratschläge zu Fragen wie, welche Gruppengröße und Organisationsform sinnvoll wären, wie interne Konflikte besser gelöst, wie sie als Initiative nach außen auftreten und wie (Social-Media-)Kampagnen gestaltet oder wie sich Initiativen gemeinsam politisch positionieren können. Einige Initiative möchten zudem lernen, selbst Workshops und Veranstaltungen zu organisieren. Neben diesen praktischen Themen

wünschen sich Initiativen darüber hinaus weiterbildende Seminare und Workshops zu inhaltlichen, politischen Themen und kreativen und kulturellen Inhalten.

Praktische und organisatorische Unterstützung

Als weitere Wünsche haben Initiativen praktische Aspekte genannt, die ihnen in ihrer Arbeit behilflich wären. Beispielsweise wurde die Unterstützung bei der Suche nach dauerhaften Standorten und nach geeigneten Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Treffen von Initiativen genannt. Oft mangle es gerade in kleineren Städten und Dörfern an geeigneten Räumlichkeiten. Solche zu finden, dabei sind viele auf die Unterstützung anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Verwaltungen angewiesen. Weiterhin können die Initiativen praktische Unterstützung bei Technik und Zubehör für Veranstaltung sowie Hilfe bei Steuererklärungen, Formularen und rechtlichen Beratungen oder Tipps für eingetragene Vereine gebrauchen. Es deutet sich hierbei also an, dass Initiativen Unterstützungen in ihrer praktischen Arbeit sowie für ihre strukturelle Verankerung benötigen und es dafür in Ostdeutschland gegenwärtig nur wenige Angebote gibt bzw. diese ihnen nicht bekannt sind.

Darüber hinaus wurde eine Bereitstellung von Informationen insbesondere für Jugendliche in ländlichen Räumen gewünscht, in der Auskunft darüber gegeben wird, wo es in Ostdeutschland bzw. in der jeweiligen Regionen Anlaufstellen für (junge) Menschen gibt, die Rassismus erfahren. Es wäre wichtig, schneller und leichter zu erfahren, an wen sie sich wenden können, um weitere Informationen, Beratung und Unterstützung zu erhalten und andere Akteure kennenzulernen.

Mehr Sichtbarkeit durch mehr gemeinsames Handeln für eine stärkere Außendarstellung

Anknüpfend an die Sichtbarkeit von Informations- und Beratungsangeboten äußerten viele Initiativen den Wunsch, die Zusammenarbeit unter den engagierten Organisationen und Initiativen zu stärken, um in Ostdeutschland die öffentliche Wahrnehmung und generelle Sichtbarkeit (post-)migrantischer Akteure und von ihrer Arbeit zu erhöhen. An beidem fehle es häufig. Dies trage zur Isolation und fehlender Unterstützung sowie auch dazu bei, dass die Initiativen sich und ihre Ziele immer wieder erklären müssten. Ein gemeinsames Netzwerk, dass nach außen auftritt und junge migrantische Akteure in Ostdeutschland sichtbar macht und die Vielfalt ostdeutscher Lebensrealitäten öffentlich aufzeigt, könne die Arbeit der Initiativen deshalb unterstützen und erleichtern. Hilfreich können dafür gemeinsame Projekte und ein größeres Netzwerk sein, wie es beispielsweise eine Initiative in der quantitativen Befragung ausgeführt hat:

„Gemeinschaftsprojekte: Die Initiierung von gemeinsamen Projekten, an denen verschiedene Mitglieder zusammenarbeiten, könnte nicht nur neue Ideen hervorbringen, sondern auch den Zusammenhalt stärken.“

Dazu könnte eine gemeinsame Online-Präsenz oder Kommunikationskanäle sowie deren Verbreitung dabei behilflich sein, die Arbeit und Bekanntheit der Initiativen zu erhöhen sowie gleichzeitig eine Kontaktmöglichkeit für Interessierte zu schaffen. Wie ein solches Netzwerk institutionalisiert und wie öffentlich und politisch dieses auftreten soll, ist jedoch eine offene Frage unter den Initiativen, die es in Zukunft gemeinsam zu besprechen gilt. So wurde in der Fokusgruppe stark darüber diskutiert, ob und wie man gemeinsam politisch nach außen kommunizieren sowie ob und wie man sich aktiv als politisches Netzwerk oder Bündnis mit einer gemeinsamen Stimme (post-)migrantischer Initiativen öffentlich etablieren möchte. In der quantitativen Befragung der Initiativen hat dies weniger eine Rolle gespielt.

Finanzierungsmöglichkeiten

Wie sich bereits in der bisherigen Analyse gezeigt hat, werden junge (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland nur mangelhaft finanziell gefördert. Dieser fehlende Zugang zu finanziellen Förderungen resultiert einerseits aus den dafür notwendigen Anforderungen, wie etwa über eine eingetragene Rechtsform zu verfügen. Andererseits erschweren die Rahmenbedingungen bei Förderangeboten wie etwa deren mitunter unflexiblen Zeitfenster, bürokratischen Anforderungen oder Nachweispflichten deren Teilhabe. Gleichzeitig gibt es jedoch einen großen Bedarf bei den Initiativen an finanziellen Mitteln. Deswegen verwundert es nicht, dass ein Wunsch, der von nahezu allen befragten Initiativen geäußert wurde, mehr passende Finanzierungsmöglichkeiten etwa durch Stipendien, Projektmittel oder Förderprogramme sind. Zudem brauche es Unterstützung in der Verwaltung finanzieller Mittel und der Beantragung von Fördermitteln. Wichtig wäre es laut der Initiativen dabei, einen niedrighwelligen Zugang zu den Förderungen zu ermöglichen und nicht nur deren Projekte, sondern auch die strukturelle Verankerung zu fördern. Besonders zweiteres wäre notwendig, um eine generations- und community-übergreifende Etablierung von (post-) migrantischen Akteuren, Initiativen und Netzwerken in Ostdeutschland zu erreichen.

8. Fazit

Zusammenfassend zeigt die durchgeführte wissenschaftliche Begleitung im Netzwerk von JUGENDSTIL* einige relevante Einblicke in die Herausforderungen, Barrieren und Wünsche der Akteure auf. Es wird deutlich, wie vielfältig sich junge, (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland engagieren und wie divers die Projekte und Initiativen im Netzwerk sind. Die

aktiven jungen Menschen und Initiativen identifizieren sich über vielschichtige Bezugspunkte und nutzen untereinander variierende Selbstbeschreibungen. Eine Vielzahl der Initiativen verstehen sich jedoch als Gruppen von Menschen mit „Migrationsgeschichten“, mit „Erfahrungen von Rassismus“ sowie als „Black, Indigenous and People of Colour“ (BIPoC), die wichtige Bezugskategorien in ihrem Selbstverständnis und ihrer Arbeit als Initiative bilden.

Während Ostdeutschland in dem Selbstbild von nur einigen Initiativen explizit von Bedeutung ist, bildet es bei einer Vielzahl von ihnen einen wichtigen Bezugs- und Kontextfaktor ihres Engagements. Neben genuinen Herausforderungen für junge und (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland zeichnet sich bei ihnen ein spezifischer Gestaltungswille ab, aktiv in ostdeutschen Räumen zu wirken und dort das politische Klima zu verändern, welches von vielen als bedrohlich wahrgenommen wird. Um einen Gegenpol zum politischen Klima zu bilden, selbst mitzugestalten und eigene Geschichten zu erzählen, werden sie aktiv und wollen ihre Lebensrealitäten stärker sichtbar machen, mehr Angebote für sich und andere migrantisierte Menschen schaffen und damit einen positiven Einfluss auf ihre eigenen Lebenswelten nehmen. Gleichzeitig stärken sie dadurch die demokratische Kultur, politische Teilhabe und rassismuskritische Arbeit in den Regionen Ostdeutschlands.

Dieses wichtige Engagement der Initiativen für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft wird jedoch von einer Vielzahl an Hürden beeinträchtigt. Beispielsweise zeigt die wissenschaftliche Begleitung einen klaren Mangel im Unterstützungsgefühl von vielen (post-)migrantischen Initiativen als auch ein fehlendes Vertrauen gegenüber Institutionen der weißen Mehrheitsgesellschaft auf. Beide Aspekte stehen dabei im direkten Zusammenhang zueinander. Denn viele Initiativen haben bisher kaum bis keine Unterstützungen außerhalb ihres eigenen Umfeldes und der eigenen Community erhalten. Unterstützungen von, Kooperationen mit oder Förderungen von staatlichen Behörden oder überregionalen, bundesweit aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch von Politiker:innen haben bisher nur wenige von ihnen erlebt. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass viele Initiativen Zweifel und Bedenken gegenüber der Zusammenarbeit mit diesen Akteuren bzw. Institutionen haben, insbesondere wenn dabei das als bedrohlich wahrgenommene, politische Klima als Rahmenfaktor berücksichtigt wird. Dennoch drücken einige Initiativen den Wunsch aus, zukünftig mit eben jenen Akteuren und Organisationen zusammenzuarbeiten. Es müssen dafür jedoch nicht nur mehr Angebote und Förderprogramme für junge, (post-)migrantische Initiativen in Ostdeutschland geschaffen werden, in denen deren spezifischen Ausgangssituationen und Bedürfnisse Berücksichtigung finden und die idealiter deren strukturelle Unterstützung verfolgen. Darüber hinaus müssen weitere Hürden wie etwa bei

den bürokratischen Anforderungen von Förderungen oder der verwendeten Sprache abgebaut werden, damit eine niedrighschwellige Teilnahme für Initiativen und damit eine breite Unterstützung erzielt werden kann. Es existieren bereits sowohl bei den Initiativen als auch bei Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung viele Ideen, wie Barrieren und Probleme abgebaut werden können. Es wird nur endlich Zeit, diese umzusetzen.

Über d|part

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel von d|part ist es, einen Beitrag zur Entwicklung einer Gesellschaft zu leisten, in der alle Menschen in politischen Prozessen mitsprechen, mitmachen und sich beteiligen können. Um dies zu erreichen, muss politische Partizipation besser *verstanden*, *gestärkt* und *weiterentwickelt* werden. Die Arbeit von d|part verfolgt das Ziel, mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise neue Erkenntnisse zu gewinnen und diese aktiv in die Politik und in gesellschaftliche Debatten einzubringen sowie an verschiedene Zielgruppen heranzutragen.

Dr. Sascha Nicke ist Research Fellow und Koordinator für wissenschaftliche Begleitungen bei d|part und wurde am Lehrstuhl für Sozialgeschichte an der Universität Potsdam über theoretische Fragen und historische Denkweisen von Identität promoviert. Bei d|part leitet Sascha den Bereich der wissenschaftlichen Begleitungen und arbeitet an verschiedenen Forschungsprojekten zu gesellschaftspolitischem Engagement und den Einstellungen von jungen Menschen sowie zur politischen Beteiligung und dabei bestehenden Barrieren für Menschen mit Migrationsgeschichten.

Neele Eilers ist Research Fellow bei d|part und hat in Berlin und London Internationale Politik und Sozialwissenschaften mit einem Fokus auf Macht und Ungleichheiten studiert. Neele beschäftigt sich mit verschiedenen Formen politischer Partizipation und wie diese gerechter und inklusiver gestaltet werden können. Sie hat zudem haupt- und ehrenamtlich in mehreren Institutionen und Projekten zur Förderung von Engagement und demokratischen Strukturen, auch auf kommunalpolitischer Ebene mitgearbeitet.



Kontakt

Dr. Sascha Nicke

Research Fellow und Koordinator für
wissenschaftliche Begleitungen
Email | s.nicke@dpartment.org

Neele Eilers

Research Fellow

Email: n.eilers@dpartment.org

d|part – Forschung für politische Partizipation gUG

Adresse | Skalitzer Straße 31, 10999 Berlin

Web | www.dpartment.org

Email | info@dpartment.org

Telefon | 030 12087991

Anhänge

Details zur Methodik

Die Vorgehensweise in der wissenschaftlichen Begleitung ist von einem induktiven Ansatz gekennzeichnet, bei dem die artikulierten Perspektiven, gemachten Erfahrungen und Wünsche der Initiativen hinsichtlich ihres Engagements im Mittelpunkt stehen und die (Forschungs-) Literatur größtenteils nachrangig einbezogen wurden. Methodisch wurden bei der wissenschaftlichen Begleitung drei verschiedene Elemente angewendet, die es ermöglicht haben, sowohl einen allgemeineren Überblick als auch tiefergehende Einsichten zu erhalten. Folgende drei Methoden wurden dabei angewandt:

Analyse & Auswertung einer Fokusgruppe (Aufnahme) und anschließendem Gruppeninterview

Die Fokusgruppe mit fünf Teilnehmenden aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* fand zunächst ohne direkte Teilnahme von Mitarbeitenden von d|part statt, sondern wurde vom JUGENDSTIL*-Team umgesetzt. Dadurch wurde ein vertrauter und persönlicher Rahmen des Austauschs geschaffen, der es ermöglichte, explorativ zu diskutieren, welche Wünsche und Vorstellungen die Teilnehmenden hinsichtlich der Weiterentwicklung des Projektes haben, welche Barrieren sie in ihrem Engagement bisher erfahren haben und welches Wissen hierzu bereits in der Community vorhanden ist. Das Fokusgruppengespräch wurde dabei aufgenommen und mit Einverständnis der Teilnehmenden der wissenschaftlichen Begleitung zur Verfügung gestellt. Die darin enthaltenen Inhalte bildeten die Grundlage eines Gruppeninterviews, das d|part anschließend mit dem Team von JUGENDSTIL* geführt hat. In diesem wurden nicht nur die Ergebnisse und Eindrücke aus der Fokusgruppe zusammengetragen und eingeordnet, sondern zentrale Themen und Fragen für die wissenschaftliche Begleitung identifiziert, welche die Grundlage für die quantitative Befragung der Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL* bildeten.

Quantitative Befragung innerhalb des Netzwerkes von JUGENDSTIL*

Mithilfe der quantitativen Befragung wurde das Ziel verfolgt, die aus der Fokusgruppe und dem Gruppeninterview herausgearbeiteten Themen und Fragen quantitativ im Netzwerk von JUGENDSTIL* zu verifizieren. Darüber hinaus wurde den befragten Initiativen die Möglichkeit gegeben, sowohl ihre Erfahrungen hinsichtlich der Hürden in ihrem Engagement als auch ihre Wünsche und Vorstellungen zu kommunizieren, die sie hinsichtlich einer weiteren Zusammenarbeit mit JUGENDSTIL* hatten. Erreicht wurde dies durch mehrere offene Fragen

im Survey, in denen die Initiativen freiwillig ihre Ansichtsweisen und Erfahrungen mitteilen konnten. Diese Vorgehensweise schuf eine breitere und fundiertere Erkenntnisgrundlage, weil Perspektiven ermittelt werden konnten, die innerhalb des Netzwerkes von JUGENDSTIL* bestehen, die aber nicht in der Fokusgruppe thematisiert wurden. Der in Zusammenarbeit mit dem Team von JUGENDSTIL* erarbeitete Fragebogen wurde von d|part programmiert, dadurch standardisiert und dann den Initiativen durch das JUGENDSTIL*-Team digital zur Verfügung gestellt.

Die Teilnahme an der quantitativen Befragung war für die Initiativen freiwillig. Insgesamt haben 38 Initiativen den Online-Fragebogen beantwortet. Davon waren 35 Fragebögen vollständig sowie drei Fragebögen unvollständig, die aber gültig ausgefüllt wurden und deswegen ausgewertet werden konnten. Aufgrund der im Gesamten geringen Anzahl an ausgefüllten Fragebögen sind die quantitativen Ergebnisse als Tendenzen zu verstehen und gelten nicht für das gesamte Netzwerk von JUGENDSTIL*. Es gilt dementsprechend keine Repräsentativität. Weitere Informationen zu den Initiativen, die an der quantitativen Befragung teilgenommen haben, finden sich in der Infobox 1.

Teilnahme und Begleitung einer Dialogveranstaltung von JUGENDSTIL* in Berlin

Das dritte methodische Element in der wissenschaftlichen Begleitung bildete die Teilnahme, Begleitung und der Austausch mit unterschiedlichen Vertreter:innen aus Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen bei einer von JUGENDSTIL* organisierten Dialogveranstaltung in Berlin. Die Veranstaltung "JUGENDSTIL* trifft Politik und Stiftungen" fand am 25. August 2023 bei der Stiftung Bildung im Palais am Festungsgraben statt. Daran teilgenommen haben eine Vielzahl unterschiedliche Akteure aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Ministerien als auch Initiativen aus dem Netzwerk von JUGENDSTIL*. Die Teilnahme und Begleitung ermöglichte es, die bisher zusammengetragenen und einbezogenen Sichtweisen zu erweitern, weil die Perspektiven von weiteren Akteursgruppen aus der Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ermittelt wurden. Diese Vertreter:innen bilden eine wichtige Gruppe, weil sie einen starken Einfluss auf die Strukturierung und Ausgestaltung von Förderinstrumenten für zivilgesellschaftliches Engagement ausüben.

d|part